

Sehr geehrte Landes- und Bundestagsabgeordnete,

am 15.05. dieses Jahres haben 16 Bundestagsabgeordnete einen Appell an die Ministerpräsidenten der Länder gerichtet, eine Genehmigung zur Wiedereröffnung der Bordelle zu verweigern. Stattdessen fordern sie eine Gesetzesänderung hin zum Nordischen Modell.

Das bedeutet, dass Sexkauf unter Strafe gestellt ist, bei gleichzeitiger Gewährleistung eines umfassenden Schutzes für Menschen, die als Prostituierte tätig sind.

Seitens der Mitfrauen des Frauenpolitischen Runden Tisches in der Stadt Halle (Saale) finden diese Forderungen absolute Unterstützung.

Wir sind ein überparteiliches, politisches Gremium. Unser Engagement gilt der Chancengleichheit von Mädchen und Frauen auf allen Ebenen des gesellschaftlichen, politischen und persönlichen Lebens.

Die Legalisierung der Prostitution, anfangs als gut gemeintes Instrument zum Schutz für Prostituierte gedacht, hat sich als völlig ungeeignet erwiesen.

Frauen, die den Ausstieg aus der Prostitution geschafft haben, berichten von einem System der Ausbeutung, Erniedrigung und Gewalt. Auch von TraumatherapeutInnen wissen wir inzwischen über die physischen und psychischen Folgen für die Betroffenen.

Zudem ist der Aspekt der Freiwilligkeit längst in Frage gestellt. Die häufigste Ursache für den Einstieg in die Prostitution ist Armut und andere Faktoren wie Gewalterfahrungen u. Missbrauch in der Kindheit. Diese und andere Erkenntnisse wurden schon fünf Jahre nach in Kraft treten des Prostitutionsgesetzes durch eine von der Bundesregierung in Auftrag gegebenen Studie bekannt.

Erst zehn Jahre nach dieser Studie erfolgte eine Gesetzesänderung. Das ProstituiertenSchutzGesetz

sollte Verbesserungen für die Betroffenen bringen.

Leider wird dieses Gesetz seinem Namen keineswegs gerecht, denn auch hier erlangen Prostituierte keinen ausreichenden Schutz.

Nur drei Beispiele sollen genannt werden:

- bisher wurde keine Verbesserung in der sozialen Absicherung erreicht
- das Weisungsrecht verbleibt weiterhin bei den BordellbetreiberInnen
- auch die Regelung zum Mutterschutz bieten keinen ausreichenden Schutz für Mutter u. Kind.

Das in der Öffentlichkeit verbreitete Bild der selbstbewussten Domina und der gut verdienenden Sexarbeiterin, verschleiert die entwürdigenden Umstände unter denen 80-90 % der Menschen, die in der Prostitution anschaffen. Die überwiegende Mehrheit sind Frauen, sie kommen vorwiegend aus osteuropäischen Ländern.

Leider ist der Einfluss der Lobbyisten weltweit sehr groß. Während MenschenhändlerInnen, BordellbetreiberInnen und Zuhälter Gewinne in Milliardenhöhe machen, auch der Staat profitiert durch die Steuereinnahmen, hat die Mehrheit der Prostituierten die Auswirkungen von Ausbeutung und Gewalt zu tragen.

Auch von Polizeiexperten gibt es zunehmend Kritik, denn die Zusammenhänge zwischen kriminellen Netzwerken, Menschenhandel und Prostitution können nicht länger geleugnet werden.

Nach unserem Verständnis verstößt das System der Prostitution gegen die Menschenwürde und ist mit den Werten unseres Grundgesetzes in keinster Weise vereinbar.

Die Struktur der Prostitution erweist sich als sexistisch und rassistisch zugleich, patriarchale Rollenmuster dienen zur Rechtfertigung, entwürdigende Lebensrealitäten

kritiklos hinzunehmen.

Das kann in einer demokratischen Gesellschaft, in der gleichzeitig für die Gleichstellung und Chancengleichheit der Geschlechter geworben wird, nicht länger geduldet werden.

Wir stehen für eine Gesellschaft, in der die Gleichberechtigung der Geschlechter auf allen Ebenen und die Würde aller Menschen im Vordergrund steht.

Selbstverständlich ist uns bewusst, dass Prostitution auch bei einem gesetzlichen Sexkauf-Verbot nicht völlig abgeschafft werden kann, genau wie andere Verbrechen (Mord, Vergewaltigung, usw.) auch. Ebenso wie bei anderen Verbrechen geht es auch in diesem Fall einerseits um Instrumente der gesetzlichen Ahndung und andererseits um eine Vermittlung von gesellschaftlichen Normen und Werten.

In Schweden ist das Gesetz des Sexkauf-Verbotes bereits seit 1999 in Kraft, das Geschäft mit der Prostitution konnte dadurch wesentlich zurück gedrängt werden. Auch Norwegen, Kanada, Island, Irland, Frankreich und Israel sind diesem Beispiel gefolgt.

Wir wünschen uns, dass auch in Deutschland ein Paradigmenwechsel hin zum Nordischen Modell erfolgt.

Bitte setzen Sie sich dafür ein:

- * dass eine Gesetzesänderung im Bundestag zur Diskussion gestellt wird
- * dass ExpertInnen, die an der Basis mit Prostituierten arbeiten, wie SozialarbeiterInnen, StreetworkerInnen und TherapeutInnen, Gehör und Beachtung finden
- * dass PolizeiexpertInnen, die im Bereich Menschenhandel/Prostitution tätig sind, Gehör und Beachtung finden
- * dass sich die Bundestagsabgeordneten intensiv mit dem schwedische Modell auseinandersetzen (der schwedische Botschafter für die Bekämpfung von Menschenhandel, Per-Anders Sunesson könnte dazu eingeladen werden)

Vielen Dank.

Mit freundlichen Grüßen

Marion Tschipke, Christiane Straub, Elke Prinz

Sprecherinnen – Frauenpolitischer Runder Tisch in der Stadt Halle (Saale)